



BERLINER INFORMATIONSDIENST

→ zur Steuerpolitik

→ TOP-ISSUES

FINANZTRANSAKTIONSSTEUER: EINFÜHRUNG IN STUFEN

Wie in den vergangenen Wochen bereits wiederholt berichtet (BID 2014.08 und 2014.06) stocken die Verhandlungen zur Finanztransaktionssteuer. Nachdem am Dienstag, den 18.02.2014, die EU-Finanzminister in Brüssel zusammentrafen, fanden am darauffolgenden Mittwoch Deutsch-Französische Konsultationen unter Beteiligung des gesamten Kabinetts in Paris statt (16. Deutsch-Französischer Ministerrat), um unter anderem über die weitere Vorgehensweise bei der Finanztransaktionssteuer zu beraten. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 3](#)

BVERFG: GESETZLICHE KLARSTELLUNG KANN VERFASSUNGSRECHTLICH UNZULÄSSIGE RÜCKWIRKUNG SEIN

In einem am Donnerstag, den 20.02.2014 veröffentlichten Beschluss vom 17.12.2013 (1 BvL 5/08) hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) seine Rechtsprechung zur echten Rückwirkung präzisiert. Der Gesetzgeber hatte sich eines Auslegungsproblems zur ertragsteuerlichen Berücksichtigungsfähigkeit von Gewinnminderungen bei Fondsbeteiligungen angenommen und mit Hinweis auf eine „redaktionelle Klarstellung“ eine Anwendung für zurückliegende Veranlagungszeiträume vorgesehen. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 3](#)

PLENARTAGUNG IM EU-PARLAMENT AM 27.02.2014

Am kommenden Donnerstag wird im EU-Parlament eine Aussprache zum Vorschlag für eine Verordnung des EU-Parlaments und des Rates zur Auflegung eines Unionsprogramms zur Unterstützung spezieller Tätigkeiten im Bereich Rechnungslegung und Abschlussprüfung für den Zeitraum 2014 bis 2020 stattfinden.

Hintergrund:

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Auflegung eines Unionsprogramms zur Unterstützung spezieller Tätigkeiten im Bereich Rechnungslegung und Abschlussprüfung für den Zeitraum 2014 - 2020 vom 19.12.2012: <http://goo.gl/Hs5Ym5>

EDITORIAL

Liebe Leser,

um die Pläne zur Finanztransaktionssteuer nicht vollends begraben zu müssen, streben Deutschland und Frankreich – der Wille zu einer Besteuerung von Börsenumsätzen beider Länder ist ungebrochen – einen Kompromiss an. Nach einem Treffen der EU-Finanzminister in Brüssel und des deutschen Kabinetts mit seinem Pendant in Paris am Dienstag und Mittwoch dieser Woche wurde eine stufenweise Einführung der Finanztransaktionssteuer angekündigt. Bis zu den Europawahlen sollen Details präsentiert werden. Die Ergebnisse sind dünn, aber die Botschaft lautet: Es geht weiter.

Weiter geht es auch mit Blick auf den globalen OECD-Standard zum automatischen Informationsaustausch. Zweifelsohne ist der Standard ein riesiger Schritt, haben sich nicht nur die EU-Mitgliedstaaten, sondern auch Länder wie Liechtenstein und die britischen Kanalinseln bereits zur Anwendung verpflichtet. Nur einen Schönheitsfehler hat das Ganze: Die USA und die Schweiz wollen sich nicht anschließen. Vielmehr beabsichtigen die USA, nach ihrem eigenen Standard FATCA zu handeln um Steuerflüchtige dingfest zu machen. Damit bleibt das Vorhaben (vorerst) hinter seinen Möglichkeiten zurück.

Dr. Tanja Wiebe, LL.M.
Managing Director FinTax policy advice

PROBEABONNEMENT

Sie lesen hier die auf die ersten beiden Seiten gekürzte lite-Version des BID. Gerne bieten wir Ihnen an, die vollständige Ausgabe kostenlos und unverbindlich für 4 Wochen zur Probe zu bestellen. Weitere Informationen hierzu auf [Seite 3](#).

CONTENT

→ TOP-ISSUES 1 – 6

→ OUTGOING 7

vom 17.02. bis 21.02.2014

Antrag Fraktion Die Linke: Straffreiheit bei Steuerhinterziehung durch Selbstanzeige abschaffen u. a.

→ BFH-ENTSCHEIDUNGEN 8–9

vom 19.02.2014

→ BMF-SCHREIBEN 10

In diesem Zeitraum keine Veröffentlichungen

→ STATUS 11 – 13

zum 21.02.2014

Entscheidung des Bundesrates für eine gerechte und zukunftsorientierte Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik in Deutschland

Gesetz zur Fortführung des permanenten Lohnsteuerjahresausgleichs beim Lohnsteuerabzug für Aushilfskräfte und kurzfristige Beschäftigungen

Gesetz zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden

... sowie weitere Gesetze

→ UPCOMING 14 – 15

vom 22.02. bis 28.02.2014

Bundestag: keine Sitzung, nächste Sitzung 10. – 14.03.2014

Bundesrat: 902. Sitzung des Finanzausschusses zur ersten Verordnung zur Durchführung des Finanzausgleichsgesetzes im Ausgleichsjahr 2014

Stakeholder: Berliner Steuergespräche zur Grunderwerbsteuer

OECD: GLOBALER STANDARD ZUM AUTOMATISCHEN INFORMATIONSAUSTAUSCH VERÖFFENTLICHT

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat am vergangenen Donnerstag, den 13.02.2014, einen gemeinsamen Standard für den automatischen Austausch von Finanzinformationen vorgestellt. Der Standard enthält Richtlinien dazu, wer welche Informationen wann und in welcher Form an die Steuerverwaltungen anderer Länder im Rahmen bilateraler Abkommen übermitteln muss. Wir haben zu den Plänen eines automatischen Informationsaustausches als globalen Standard bereits u. a. in den Ausgaben 2013.38 und 2013.50 des BID Steuerpolitik berichtet. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 4](#)

EUGH: BEI RECHTSWIDRIGER BEIHLIFEREGELUNG BERÜCKSICHTIGUNG SPÄTERER STELLUNGNAHMEN DER KOMMISSION ERFORDERLICH

Der EuGH hat in einer Entscheidung vom 03.02.2014 (C-69/13) entschieden, dass für die Beurteilung der Vereinbarkeit einer Beihilfe mit dem Binnenmarkt ausschließlich die Kommission zuständig sei. Diese Beurteilung unterliege jedoch der Prüfung der nationalen Gerichte der Mitgliedstaaten. Die Kommission sei jedoch nicht verpflichtet, bei der Anordnung der Rückzahlung einer für mit dem Binnenmarkt unvereinbar erklärten Beihilfe den genauen Betrag der zu erstattenden Beihilfe festzulegen. Vielmehr reiche es aus, dass die Entscheidung der Kommission Angaben enthalte, die es dem Adressaten ermöglichen, den Betrag ohne Schwierigkeiten selbst zu bestimmen. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 5](#)

Die weiteren Themen in dieser Ausgabe:

BFH: STEUERPF LICHT VON ERSTATTUNGSZINSEN

Diesen Artikel erhalten Sie als Abonnent ab [Seite 6](#)

DER BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR STEUERPOLITIK

erscheint in Kooperation mit der auf Steuerpolitik spezialisierten Beratung FinTax policy advice. FinTax policy advice berät an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung in dem Bereich der Steuer- und Finanzpolitik. Das Leistungsportfolio reicht vom Monitoring z. B. aktueller Gesetzgebungsverfahren über die Analyse steuer- und finanzpolitischer Sachverhalte bis hin zur Beratung der strategischen Vorgehensweise. Die Leistungen werden individuell auf die Bedürfnisse des Kunden zugeschnitten und zeichnen sich durch Objektivität sowie Neutralität aus. Auf Basis eines Netzwerks auf nationaler und internationaler Ebene unterstützt FinTax Unternehmen, Institutionen und Verbände. Insbesondere auch Gruppen, die in Deutschland keine ausreichende Vertretung haben, z. B. ausländische Investoren, gehören zum Kundenkreis.

www.fintax-pa.de

➔ **BESTELLFAX AN 030. 20 45 41 -21**

ODER FORMLOS PER MAIL AN mail@bid.ag



PARLIAMENTARY MONITORING & POLITICAL INTELLIGENCE

Nehmen Sie den Berliner Informationsdienst gerne wörtlich: Wir bieten Ihnen alle Informationen für das politische Berlin als professionelle Dienstleistung. Wir reduzieren die tägliche Informationsflut auf das Elementare – den politischen Prozess – und bieten ein intelligentes politisches Monitoring für Politikberatungen, Unternehmen, Verbände, NGOs, aber auch politische Entscheidungsträger. Pünktlich zu den Sitzungswochen des Bundestages und Bundesrates bietet der BID branchenspezifisch die Positionen der politischen Akteure und Key Stakeholder zu den Top-Themen der Woche, detaillierte Informationen über parlamentarische Initiativen und Prozesse der Parlamentswoche, den Stand aktueller Gesetzgebungsprozesse und einen Ausblick auf alle politikfeld-relevanten Termine. Der BID informiert über die relevanten Entscheidungen in Bundestag, Bundesrat, Regierung und die Positionen der politischen Akteure und direkten Stakeholder. Der Berliner Informationsdienst erscheint für die Themenfelder Energiepolitik, Gesundheitspolitik, Netzpolitik sowie Steuerpolitik und wird herausgegeben von dem think tank polisphere.

Weitere Informationen finden Sie unter: www.bid.ag

REDAKTION

Für allgemeine Fragen zum Berliner Informationsdienst steht Ihnen die Herausgeberin zur Verfügung:

Dr. Sandra Busch-Janser
sbj@bid.ag, 030.20 45 41 -22

Inhaltliche Fragen beantwortet Ihnen gerne Ihr persönlicher Ansprechpartner:

für Energiepolitik:
Moritz Hunger, mh@bid.ag, -26

für Gesundheitspolitik:
Roberta Wendt, rw@bid.ag, -27

für Netzpolitik:
Aylin Ünal, au@bid.ag, -25

für Steuerpolitik:
Dr. Tanja Wiebe, tw@bid.ag, -20

IMPRINT

Herausgeber: polisphere e.V.
Friedrichstr. 60, D-10117 Berlin
0049. 30. 20 45 41 -20 (Tel.) -21 (Fax)

berlin@polisphere.eu
www.polisphere.eu

PROBEABONNEMENT

Hier können Sie kostenlos und unverbindlich den Berliner Informationsdienst für vier Wochen zur Probe bestellen. Im Anschluss endet das Probe-Abonnement automatisch und Sie können uns entweder über die kostenlose Lite-Variante verbunden bleiben oder sich über das kostenpflichtige Abonnement der Vollversion den vollen Monitoring Service des Berliner Informationsdienstes sichern. Das Abonnement kostet monatlich 200 Euro zzgl. MwSt. und wird quartalsweise abgerechnet, wobei das Quartal, in dem das Abonnement beginnt, anteilig berechnet wird.

Bitte senden Sie mir kostenlos und unverbindlich die folgenden Ausgaben des Berliner Informationsdienstes für vier Wochen zur Probe:

- ➔ Berliner Informationsdienst zur **ENERGIEPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **NETZPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **GESUNDHEITSPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **STEUERPOLITIK**

Ich interessiere mich für die folgenden Politikfelder und bitte um Zusendung eines Angebotes für ein individualisiertes Monitoring:

- ➔ **VERKEHRSPOLITIK**
- ➔ **SICHERHEITSPOLITIK**
- ➔

Unternehmen/Institution

Ansprechpartner

Funktion

Telefonnummer

E-Mail-Adresse (an die der BID zugestellt werden soll)